

# Wahlen im April?

von Ram Pradhan

Die parlamentarische Haushaltsdebatte beginnt am 28. Juni. Derzeit drehen sich die Gespräche vor allem darum, ob die Minderheitenregierung von Premierminister Koirala bestehen bleiben wird. Die zentrale Frage dabei wird sein, ob die 'Communist Party of Nepal-UML' (CPN-UML), die sich mit der CPN-ML eine regelrechte Schlacht lieferte, ihre Unterstützung gegenüber der Regierung erneuern oder sich dazu entscheiden wird, sich von dieser zurückzuziehen.

Premier Koirala hat bereits verkündet, daß die nächsten Wahlen etwa im April des kommenden Jahres abgehalten werden sollen. Jedoch äußerten verschiedene Parteien sowie Teile des 'Nepali-Congress', daß sie nicht überrascht wären, wenn der 73jährige Koirala die Wahlen auf November diesen Jahres anberaumen würde. Andere sind der Auffassung, Wahlen würden erst dann stattfinden, wenn sich der 'Congress' absolut sicher sei, diese auch mit einer Mehrheit im 205 Abgeordneten zählenden Parlament

gewinnen zu können.

Insofern sind die nächsten Monate von großer Wichtigkeit. Sie werden zeigen, was der Premier zu machen imstande ist. Bezüglich der CPN-UML wird er sich hüten müssen, diese zu verärgern, da er und seine Partei auf die Unterstützung der Kommunisten im Parlament angewiesen sind auch wenn andere im 'Congress' der Auffassung sind, man könne die CPN-UML durchaus vernachlässigen, da bereits der kommunistische Rivale, die CPN-ML in den Startlöchern stehe, um die Minderheitenregierung zu unterstützen, um damit der kommunistischen Konkurrenz (die von der CPN-ML als Handlanger der "Imperialisten" bezeichnet wird) eins auszuwischen.

Die beginnende parlamentarische Phase wird vor allem von folgenden Fragen beherrscht sein: Wie handhabt man das Problem der maoistischen Aufstände in den Bergregionen? Welche entwicklungspolitischen Prioritäten sol-

len gesetzt werden? Wie können Korruption und Inflation unter Kontrolle gebracht werden? Und, am allerwichtigsten: In welcher Form wird das Gesetz über die lokale Selbstverwaltung verabschiedet werden?

In dem Maß, in dem die Minderheitenregierung sich bemüht, den Eindruck von Stabilität zu vermitteln, heizt sich das politische Klima vor allem an der erneut diskutierten Frage der Stationierung indischer Truppen am Grenzposten Kalapani in Nepals Nordwesten auf. Kalapani ist ein strategisch bedeutsames Gebiet im Darchula-Distrikt, nahe der indisch-chinesisch-nepalesischen Grenze in West-Nepal.

Die jüngste Entwicklung in diesem Gebiet, das seit dem indo-chinesischen Konflikt von 1962 von indischen Truppen besetzt ist, ist folgende: Die 'All-Nepal National Free Students Union' (ANFSU), die Jugendorganisation der CPN-ML, wurde von indischen Truppen gestoppt, und zwar 600 Meter südöstlich



Es bleibt die Frage, ob der Nepali-Congress als Regierungspartei überleben wird. Das Bild zeigt eine Parteiveranstaltung. (Foto: Walter Keller)

des von Indien okkupierten Gebietes in West-Nepal. Es wird berichtet, daß es dem Studenten-Trupp auf ihrem "Kalapani-Marsch", der am 5. Juni in Kathmandu begann, nicht erlaubt wurde, die stracheldrahtbegrenzte und von den Indern bewachte regionale Grenzlinie zu überschreiten.

Das nepalesische Außenministerium protestierte heftig gegen Indiens Verhalten in dem zu Nepal gehörigen Kalapani-Gebiet. Der indische Gesandte K.V. Rajan wurde am 15. Juni einbestellt, um ihm mitzuteilen, die Entscheidung Indiens, ein Gebiet einzuzäunen was ursprünglich zu Nepal gehöre, werde als unerwünschtes Eindringen in nepalesisches Territorium betrachtet.

Wie es heißt, habe Indien Kalapani inzwischen zum "restriktiven Gebiet" erklärt und die protestierenden Studenten aufgefordert, "auf ihr Territorium" zurückzugehen.

Quellen aus dem Außenministerium wissen zu berichten, daß Nepal den Fall "Kalapani" von Zeit zu Zeit thematisiert hat, ohne bisher eine "konstruktive" Reaktion von indischer Seite zu erhalten. Doch kürzlich erfolgte eine Reaktion durch den indischen Botschafter K.V. Rajan. Er machte in Kathmandu einer Delegation linksgerichteter Studenten unmißverständlich klar, daß Kalapani seit dem 19. Jahrhundert bereits zu Indien gehöre und das alle bisherigen nepalesischen Regierungen diese Tatsache

anerkannt hätten. Alle politischen Parteien in Nepal indes sind sich einig darüber: "Kalapani ist unser!" Die indische Regierung behauptet gegenüber den Medien, es gäbe einen Experten-Dialog über die Frage der Demarkation der gesamten Grenze, inklusive des westlichen Sektors. Nepalesische Diplomaten glauben allerdings, daß bei diesen Gesprächen nicht viel herauskommen wird, weil Indien keine Bereitschaft signalisiert, von seiner Position abzurücken.

Die "Affäre Kalapani" wird das nepalesisch-indische Verhältnis gewiß verschlechtern und keine nepalesische Partei kann es sich leisten, in dieser Frage Indien gegenüber klein beizugeben.

(Übersetzung: Basting/Keller)

## Die maoistische Bewegung Nepals

Die maoistische Bewegung hat sich mittlerweile in mehr als der Hälfte der Distrikte Nepals ausgebreitet. Weitestgehend unbekannt sind jedoch ihre konkreten politischen Forderungen außerhalb Nepals. Betrachtet man aufmerksam die Forderungen, deren Nichtbeachtung durch den Staat vor gut zwei Jahren zum Ausbruch des Volkskriegs führten, muß man sich ernsthaft fragen, warum der nepalische Staat bis heute nicht in der Lage war, einen Dialog über diese Thesen aufzunehmen. Erst jetzt wurde von Barbara Adams eine englische Übersetzung des 40 Punkte umfassenden Katalogs vorgenommen, den der Maoisten-Führer Dr. Baburam Bhattarai bereits im Januar 1996 veröffentlicht hat und den wir in einer deutschen Übersetzung präsentieren.

Unterdessen gehen die nepalischen Sicherheitskräfte mit unverbittefter Härte gegen vermeintliche maoistische Terroristen vor. Zahlreiche Menschen sind dabei in jüngster Zeit ums Leben gekommen. Bei der jüngsten Aktion wurden nach Angaben der 'Kathmandu Post' vom 17. Juni 44 Maoisten getötet. Menschenrechtler sind der Auffassung, daß der Staat und seine Sicherheitskräfte bei ihrem Vorgehen grundlegende Menschenrechte verletzen. Auch diejenigen, die sich mit der Thematik beschäftigen, geraten selber in große Schwierigkeiten. So wurde vor wenigen Tagen Gopal Shivakoti, Direktor der Menschenrechtsorganisation 'INHURED' verhaftet, als er anlässlich einer Veranstaltung der 'Nepal Concern Society' am 14. Juni einen Vortrag über das Thema "The Maoist Peoples War, Oppression, Law Enforcement and Information Flow" halten wollte.

### Forderungen, die den Staat betreffen:

1) Im Staatsvertrag zwischen Indien und Nepal von 1950 sollen alle Abmachungen und Vereinbarungen gestrichen werden, die eine ungleiche Behandlung Nepals gegenüber Indien bedingen. 2) Die Regierung soll zugeben, daß das anti-nationalistische Tanakpur-Abkommen falsch war, und der Mahakali-Vertrag zur selben Thematik soll aufgehoben werden (1). 3) Die gesamte nepalisch-indische Grenze soll systematisch überwacht werden. Indischen Autos soll die Grenzüberfahrt verwehrt werden. 4) Die Anwerbezentren für Gurkha-Soldaten sollen geschlossen werden. Den Angeworbenen sollen staatlicherseits angemessene Arbeitsplätze verschafft werden (2). 5) In den Arbeitsbereichen, in denen

ausländischen Technikern Vorrang vor nepalischen Technikern gegeben wird, soll eine Kontrolle mittels Vergabe einer Arbeitserlaubnis für Ausländer eingeführt werden. 6) Die Dominanz ausländischen Kapitals in Industrie, Handel und Wirtschaft Nepals soll gestoppt werden. 7) Aus Zolleinnahmen sollen ausreichende Einkommen für die wirtschaftliche Entwicklung Nepals erzielt werden. 8) Die kulturelle Überfremdung durch Imperialisten und Expansionisten soll gestoppt werden. Einfuhr und Handel von vulgären Hindi-Kinofilmen, Hindi-Videos sowie Hindi-Zeitungen und Zeitschriften sollen verboten werden. 9) Die Einflußnahme und Bestechung des nepalischen Staats durch Imperialisten und Expansionisten mittels Nicht-Regierungsorganisationen soll

unterbunden werden.

### Forderungen, die das gesellschaftliche Wohlergehen betreffen:

10) Eine neue Verfassung muß durch die vom Volk gewählten Vertreter ausgearbeitet werden. 11) Alle Sonderrechte und Privilegien des Königs und seiner Familie sollen aufgehoben werden. 12) Armee, Polizei und Verwaltung sollen unter die Kontrolle der Bevölkerung gestellt werden. 13) Das Sicherheitsgesetz und alle anderen repressiven Gesetze sollen aufgehoben werden (3). 14) Die ungerechten Urteile gegen Einwohner von Rukum, Rolpa, Jajarkot, Gurkha, Kavre, Sindhupalchowk, Sindhuli, Dhanusha und Ramechap sollen zurückgenommen und die in Haft befindlichen